

POLITIK

Bisherige Mittel reichen offenbar nicht aus

Gespräche zu Fonds für DDR-Heimkinder angekündigt

Seit gut eineinhalb Jahren können Opfer der DDR-Heimerziehung Entschädigungen aus einem Hilfsfonds beantragen. Doch es gingen wohl mehr Anträge ein als erwartet - die Mittel werden wohl nicht ausreichen. Nun will Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig mit ihren ostdeutschen Länderkollegen klären, wie allen Betroffenen geholfen werden kann.

Für einstige Heimkinder, die in der DDR unter Schikanen gelitten haben, gibt es seit Juli 2012 einen Hilfsfonds. Die Nachfrage ist offenbar groß. Der Fonds "Heimerziehung in der DDR" werde sehr gut angenommen, erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) am Donnerstag gegenüber der ARD. Bislang seien rund 4000 Anträge eingegangen.

Die Schattenseite der regen Nachfrage sei allerdings, dass die finanziellen Mittel des Fonds wahrscheinlich nicht ausreichen werden, so Schwesig weiter. Sie kündigte nun an, sich in der kommenden Woche mit ihren ostdeutschen Länderkollegen zu treffen. "Ich möchte, dass wir eine Lösung finden, allen Betroffenen zu helfen."

DDR-HEIMKINDER

Brandenburg Aktuell | 10.01.2014 |
Jana Göbel
Der Fonds ist aufgebraucht

Viele Kinder und Jugendliche haben in DDR-Heimen schweres Leid ertragen müssen. Seit 2012 wird den Opfern geholfen, sie können Entschädigungen beantragen. Das Geld dafür sollte eigentlich bis 2016 reichen, doch jetzt ist es alle.

40 Millionen Euro reichen bei weitem nicht aus

Zu einer möglichen Aufstockung der Mittel äußerte sich Schwesig nicht. Der Fonds wurde ausgestattet mit einem Volumen von 40 Millionen Euro. Bund und Länder finanzieren jeweils die Hälfte. Inzwischen gehen Bundesregierung und Ost-Länder davon aus, dass der Finanzbedarf des Fonds bei insgesamt 200 Millionen Euro liegt.

Die Mittel aus dem Fonds sollen dazu beitragen, noch andauernde Folgeschäden aus der Heimunterbringung auszugleichen beziehungsweise zu mildern, heißt es auf der Internetseite des Fonds. Ein gesetzlicher

Anspruch auf die Leistungen bestehe nicht.

Die Mittel sollten ursprünglich bis 2016 ausreichen, doch die Gelder sind offenbar schon aufgebraucht. Vor zweieinhalb Wochen bestätigte das zuständige Bundesfamilienministerium dem rbb, dass nur noch Betroffene bedient werden sollen, die bereits Zusagen für eine Zahlung haben oder bereits in Gesprächen mit den Beratungsstellen sind.

Stasi-Beauftragte fordert mehr Beratung

Zuletzt kam aus Mecklenburg-Vorpommern die Forderung, den Fonds aufzustocken.

Die vorhandenen 40 Millionen Euro würden voraussichtlich im Frühjahr ausgeschöpft sein, sagte die Stasi-Landesbeauftragte, Anne Drescher, am Dienstag in Schwerin. Es sei damit zu rechnen, dass 100 bis 120 Millionen Euro benötigt werden.

Zudem forderte sie mehr Möglichkeiten zur Beratung. Es sei unzumutbar, dass Betroffene im Nordosten teilweise seit anderthalb Jahren auf ein Beratungsgespräch warten müssten, um Unterstützungsleistungen zu vereinbaren, kritisierte Drescher.

Stand vom 10.01.2014
